

Lufthansa-Entführung: „Polizei wurde nicht behindert“

Das Gesetz zur Neuordnung des Polizeirechts wird nicht – wie vorgesehen – im Februar, sondern frühestens im März des kommenden Jahres in zweiter Lesung vom Landtag verabschiedet werden können. Diese Feststellung traf der Vorsitzende des Ausschusses für Innere Verwaltung Rudolf Erberich (SPD), nachdem auch der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Rolf Klein bemängelt hatte, die vom Innenminister Burkhard Hirsch angeforderten, der Vorbereitung der Antrags- und Abstimmungssitzung des Ausschusses dienenden Stellungnahmen nicht fristgerecht erhalten zu haben.

Innenminister Hirsch berichtete auf Antrag der CDU-Fraktion ausführlich über die Vorfälle anlässlich der Entführung einer Lufthansa-Maschine und der Geiselnahme auf dem Flughafen Köln-Wahn am 12. September und entkräftete damit Vorwürfe, er bzw. der damalige Minister im Kanzleramt, Hans-Jürgen Wischniewski (SPD), hätten die Arbeit der Polizei behindert. Anlaß der Diskussion waren kritische Ausführungen eines an die Öffentlichkeit gelangten Erfahrungsberichtes von vier betroffenen Kriminalbeamten. Hierzu meinte Hirsch, es sei nicht nur rechtens, sondern auch wünschenswert, daß Polizeibeamte nach Auswertung einer schwierigen Aktion subjektive Darstellungen interner Vorgänge abgeben. Dies könne zu einem fruchtbaren Erfahrungsaustausch beitragen und dürfe nicht dazu führen, daß die Meinungs- und Beurteilungsfreiheit der Bediensteten geschmälert würden aus Sorge, vor ein politisches Gremium gezogen zu werden.

Vorsicherung durch politische Diskussion sei nicht die Absicht der Antragstellerin gewesen, so Klein, vielmehr das legitime Informationsbedürfnis eines zuständigen Gremiums. Er stimmte dem Innenminister auch insofern zu, als dieser erklärte, in solchen Situationen, die einer Nötigung von Verfassungsorganen gleichkommen – der Geiselnahme hatte eine Pressekonferenz mit Bundeskanzler Helmut Schmidt gefordert –, müßte den Repräsentanten dieser Organe die Möglichkeit eingeräumt werden, politisch notwendige Entscheidungen selbst zu treffen und diese nicht mit allen Konsequenzen auf den Einsatzleiter der Polizei abzuschieben.

Die Abgrenzung politischer von polizeitaktischen Entscheidungen habe funktioniert und Wischniewski in keiner Phase des Einsatzes die Leitung an sich gerissen. Eine Konsequenz aus den Vorgängen müsse jedoch sein, durch Klarstellung der Führungspositionen in Kriminal-, Schutz- und gegebenenfalls anderen beteiligten Polizeieinheiten im Verhältnis zueinander die im Internen Papier der Kriminalbeamten deutlich gewordenen Reaktionen zu verhindern.

Porträt der Woche



Albert Falke (CDU)

Nicht all jene Abgeordneten, die mit dem Ende der laufenden Legislaturperiode im Mai 1980 den Düsseldorfer Landtag verlassen werden, können von sich guten Gewissens sagen, dies sei ihr freier Entschluß. So mancher muß auch gehen, weil seine Partei ihn nicht wieder nominieren will. Die seit 1970 nur noch alle fünf Jahre stattfindende Landtagswahl ist auch immer eine Zeit des Generationswechsels in der Politik. Der CDU-Abgeordnete Albert Falke – auch er scheidet im Mai aus – gehört sicher zu den Veteranen in diesem Parlament. Seit 1962 hat er sein im Wahlkreis Meschede-Wittgenstein errungenes Direktmandat ununterbrochen in Düsseldorf vertreten. Das sind über vier Legislaturperioden hinweg immerhin achtzehn Mandatsjahre, die Zeit, in der ein Kind zum mündigen Bürger heranwächst.

Falke hat sein Feld jedoch rechtzeitig bestellt. Der Entschluß, das Mandat 1980 an die Wähler zurückzugeben, stand schon vor einem Jahr fest. Der präsumtive Nachfolger findet im Hochsauerland gut bereiteten Boden vor. In Falkes Fußstapfen ist gut Wandern. In seinen Textilien auch. Denn der Unternehmer Albert Falke hat immer sorgsam darauf geachtet, nie abhängig von Partei und Mandat zu sein. Die Freiheit von Pressionen in den politischen Entscheidungen sah er stets am besten dadurch gewährleistet, daß der Abgeordnete im erlernten Beruf so viel leiste, um eher nebenbei Dienst am Bürger üben zu können. Falke hat in all diesen Mandatsjahren für seinen eigenen Wahlkreis ungemein viel gearbeitet. Er gehört insofern zu den Politikern, die Interessen ihrer Wähler immer direkt umzusetzen versucht haben. Die Wähler haben dies auch Periode um Periode mit Stimmenzuwachs honoriert. Auch das ist eine in Prozenten objektivierbare Leistung, die sich in den sonst in der Politik eher wetterwendischen Zeitläufen unelingschränkt sehen lassen kann.

Im Landtag hat Falke sich auf vielen Arbeitsgebieten umgetan. Zuerst im Sport-, im Verkehrsausschuß, dann lange Jahre im Wirtschaftsausschuß. Es ist bei Albert Falke durchaus verantwortlicher Unternehmenssinn, wenn er auch in der Politik Probleme am liebsten persönlich und direkt anfaßt, selbst nach Lö-

sungsmöglichkeiten suchte, wo manch anderer gern andere für sich denken ließ. Die große staatsmännliche Rede hat er gern denen überlassen, die sich größer dünken. Falke ist viel zu sehr Pragmatiker, als daß er in ideologischen Weltbildern träumen würde. Ausbildung und Werdegang waren von Anfang an darauf angelegt, daß der Mann seinen Mann selbst zu stehen habe: Lehre im elterlichen Betrieb, Wanderjahre als Kaufmannsgehilfe und Textillingenieur, dazwischen als Soldat einmal Rußland und zurück, dann sehr bald verantwortlich an jenem Arbeitsplatz, den der Großvater dereinst, nur mit einer einzigen Strickmaschine aus Sachsen kommend, im Sauerland aufgebaut hatte.

Der Politiker Falke – er steht im achtundfünfzigsten Lebensjahr – tut auch jetzt nach bald achtzehn Abgeordnetenjahren nur ungern einen Blick zurück. Da schwingt eine vielleicht instinktive Scheu mit, die in Wahrheit von hohem Selbstbewußtsein zeugt: „Wir müssen immer in die Zukunft schauen, denn über die Vergangenheit berichten die Bilanzen.“ Falke blickt aber nicht ohne Sorge auf den Parlamentarismus, wie er sich heute entwickelt hat. Es betrübt ihn, daß immer größere Gruppen der Gesellschaft ihre Interessen in die Vollmacht von Auftragsverwaltungen geben: Die Unternehmer schicken ihre Syndizi, die Arbeiter ihre Gewerkschaftsfunktionäre, die Beamten sich selbst in die Parlamente. Selbstverantwortung für eigenständiges Handeln droht so zu einem kümmerlichen Pfänzchen zu werden. Falke, den seine Freunde „Blücher“ nennen, hat parlamentarisches Leben nie als ein Quoten-Kartell der Machtteilung verstanden.

Lothar Bewerunge